

Rolf Hüchting – Ludwigstr. 13 – 27432 Bremervörde

Rolf Hüchting
Pressesprecher
Ludwigstr. 13
27432 Bremervörde

Telefon: 04761/97 08 78
Telefax: 04761/97 08 76
E-Mail: rolf.huechting@gmx.de
Internet: www.gruene-kv-rotenburg.de

Bankverbindung des Kreisverbandes B90/DIE GRÜNEN:
Sparkasse Scheeßel
Konto Nr. 75 02 24
BLZ 291 525 50

Pressemitteilung

26. November 2006

Grüne sehen keine Grundlage für Gebührenerhöhung der Müllabfuhr

Trotz Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des nächsten Jahres wird aus „grüner“ Sicht keine Erhöhung der Müllabfuhrgebühren notwendig sein, eher dürfte es sogar zu einer Senkung kommen. „Die von der Kreisverwaltung vorgelegten Zahlen und die augenblickliche Rechtslage zwingen die Politik dazu, die Bürger des Landkreises zu entlasten“, so Rolf Hüchting, Vertreter der Grünen im Kreisausschuss für Abfallwirtschaft.

Bei den Berechnungen der Landkreisverwaltung, die als Grundlage für die Gebührenkalkulation des kommenden Jahres und damit für die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung dienen, gibt es Unsicherheiten. Unter Umständen beträgt der Rückgang der Erlöse aus der Anlieferung von Müll an den Sammelstellen, den die Kreisverwaltung bei den Einnahmen errechnete und durch Gebührenerhöhung ausgleichen möchte, nur 75.000 Euro und nicht 175.000. Auch die immense Kostensteigerung bei der Müllverbrennung von 300.000 Euro beruhen teilweise auf sehr unsicheren Schätzungen.

Schon auf dieser Grundlage kann eine Gebührenerhöhung für die Bürger nicht akzeptabel sein. Als schwerwiegendster Gesichtspunkt kommt aber hinzu, dass nach der jetzigen Rechtslage der Landkreis Rotenburg zu Unrecht große Rückstellungen im Zusammenhang mit der Müllverbrennungsanlage in Höhe von 2,3 Millionen Euro gebildet hat, die er an die Müllkunden zurückgeben muss. „Es ist nicht einzusehen, dass die jetzigen Müllkunden und nicht die zukünftigen Generationen alle Risiken der unsäglich teureren Verträge des Landkreises für die Müllverbrennung tragen müssen“, so Rolf Hüchting. Zur Zeit müssten die Müllgebühren gesenkt werden.

Der Kreisausschuss für Abfallwirtschaft hat in richtiger Einschätzung der Situation keine Gebührenerhöhung beschlossen, das Gleiche wird wohl vorerst für den Kreistag gelten. Die Verwaltung hat in den folgenden Monaten noch die Gelegenheit, weitere gerichtliche Schritte zu prüfen. Wenn allerdings die neuen Gebühren nach der jetzigen Situation kalkuliert werden, kommen nach grüner Ansicht unter Umständen durch die vor Jahren eingegangenen schlechten Verträge und die Unsicherheiten mit der Müllverbrennungsanlage auf den Kreishaushalt Risiken in Millionenhöhe zu, wenn die Rückstellungen einmal aufgelöst sind und doch gebraucht werden.